

15. Plenums des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands werden sie im wesentlichen wie folgt beschrieben:

„Die Partei, die den richtigen Kurs auf den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik genommen hatte, beschritt den falschen Weg der beschleunigten Lösung dieser Aufgabe ohne entsprechende Berücksichtigung der realen inneren und äußeren Voraussetzungen. Das führte zu einem überspitzten Entwicklungstempo der Wirtschaft, besonders in der Schwerindustrie, zu falschen Versuchen der Verdrängung und Liquidierung des städtischen Mittel- und Kleinbürgertums sowie der Großbauernschaft auf dem Lande...“

Dies fand weiter insbesondere seinen Ausdruck in der Verletzung des Prinzips der Freiwilligkeit bei der Bildung von Produktionsgenossenschaften, der Vernachlässigung der Arbeit unter den Einzelbauern und schließlich in den besonderen Methoden, die Großbauern durch ein übergroßes Abgabesoll zu verdrängen. Bei alledem wurde die besondere Bedeutung der Spaltung unseres Landes und die dadurch entstehenden besonderen Schwierigkeiten beim Aufbau nicht berücksichtigt.

Die Lehren, die uns die Partei der Arbeiterklasse in dieser Entschließung gegeben hat, haben wir nun auf die Arbeit in der Justiz anzuwenden. Dabei besteht für uns in der Justiz noch eine besondere Situation. Gleichzeitig mit der allgemeinen Wendung zum neuen Kurs ist in der Justiz nun der Umschwung eingetreten, den wir lange Zeit als unabdingbar erkannt hatten, ohne daß wir es verstanden hatten, ihn wirklich herbeizuführen. Er wurde vorbereitet durch eine Aktivtagung, die Anfang vorigen Jahres mit den Justizfunktionären der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands durchgeführt worden war. Im April des vorigen Jahres wurde vom „Neuen Deutschland“ die gleiche Frage aufgeworfen. Die Kritik von Mühlberger im April dieses Jahres im „Neuen Deutschland“ nahm die Frage erneut auf, ohne daß es zu einer Verbreiterung der Kritik und zu einem Umschwung in der Justiz kam.

Es ist kein Zufall, daß dieser Umschwung jetzt eingetreten ist*. Wenn der Putschversuch der Junitage die Bedeutung hatte, daß er jeden einzelnen zum Bekennen zwang, daß er die Feinde entlarvte, dann mußte nun auch j offenbar werden, daß Fechner das war, als was ihn die Entschließung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands kennzeichnet, ein „Feind der Partei und des Staates“.

Wir stellen auch für das Gebiet der Justiz fest, daß der von dem ersten Tage unseres staatlichen Neuaufbaus im Jahre 1945 an eingeschlagene Weg der Demokratisierung unserer Justiz richtig war. Richtig war, daß wir Menschen aus der Arbeiterklasse zu Richtern entwickelt haben. Richtig war, im großen gesehen, die Linie der Ausbildung, die wir unter Überwindung des alten Akademikertums für unsere neuen demokratischen Kräfte eingeschlagen haben.